

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

**23. Sitzung vom Montag, 25. Mai 2009, 19.00 bis 21.15 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus**

Anwesend:

Gemeinderat

26 Mitglieder bis Traktandum 2

27 Mitglieder ab Traktandum 3

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli

Hanni Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Entschuldigt:

Nadine Calislar-Bangerter

Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.

Vorsitz:

Esther Caviola

Protokoll:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Weibeldienst:

Gino Taiana, Stadtweibel

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 6. April 2009
2. Motion Jürg Rothenberger betr. Wohnen im Alter – Bericht und Antrag des Stadtrats
3. Motion Frédéric Clerc betr. Systemwechsel Kinderbetreuungsplätze – Bericht und Antrag des Stadtrats
4. Einsatz von Computern im Primarschulunterricht – Abrechnung Verpflichtungskredit über 817'000 Franken
5. Kinderbetreuungsplätze, Schaffung einer Babygruppe – Antrag und Weisung des Stadtrats
6. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
7. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Postulat Milos Alincic und Mitunterzeichner vom 25. Mai 2009, eingegangen 25. Mai 2009, mit dem Wortlaut: „Der Stadtrat ist eingeladen, die Führung einer Anlagebuchhaltung im Finanzwesen zu prüfen und allenfalls einen Antrag mit Weisung dem Gemeinderat vorzulegen.“

Gemäss Art. 46 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderats wird das Postulat zur Behandlung auf die Traktandenliste der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 6. April 2009

Das Protokoll vom 6. April 2009 wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Traktandum 2

Motion Jürg Rothenberger betr. Wohnen im Alter – Bericht und Antrag des Stadtrats

Jürg Rothenberger und Mitunterzeichner haben mit Datum vom 10. März 2008 eine Motion „Ganzheitliches Konzept für die Betreuung im Alter“ eingereicht.

Die Motion wurde an der Gemeinderatssitzung vom 7. April 2008 zu Bericht und Antrag an den Stadtrat überwiesen.

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat fristgerecht Bericht und Antrag unterbreitet (Beilage 1 zum Originalprotokoll). Der Stadtrat beantragt, die Motion als erledigt von der Pendenzenliste abzuschreiben.

Jürg Rothenberger dankt allen Beteiligten für die grosse und intensive Arbeit, welche in relativ kurzer Zeit als Folge seiner Motion vollbracht werden musste. Weiter führt er aus: „Lassen Sie mich als Motionär einleitend noch ein paar Bemerkungen machen:

- Ein Hauptziel, eine intensive (auch öffentliche) Diskussion über die Problematik ‚Wohnen im Alter‘ zu führen, wurde damit erreicht.
- Es liegt nun auch ein Grundlagenpapier zum Alterskonzept 2009 vor, das die heute gültigen Bedingungen und Vorgaben berücksichtigt.
- Die Leitsätze von 1998 wurden moderat angepasst.
- Die Bedarfszahlen sind erschreckend (zumindest was die periodische Zunahme betrifft), die Infrastruktur nach wie vor ungenügend.
- Die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen hat bereits begonnen: eine KofA wurde gebildet und hat bereits zweimal getagt.
- Die Zeit drängt.

Trotzdem muss ich noch auf ein paar Punkte in der stadträtlichen Weisung hinweisen:

Im Bericht des Stadtrats wird zuerst einmal der Motions-Text nicht vollständig wiedergegeben: Es fehlt ein wichtiger Zusatz: Dabei sind die gesetzlichen Grundlagen (gemäss neuem Gesundheitsgesetz) sowie moderne Aspekte der Pflege und Therapie zu berücksichtigen. Der Ausschöpfung von Synergiepotentialen ist vor allem im Infrastrukturbereich verstärkt Rechnung zu tragen. Gerade der letzte Satz gab ja auch im Vorfeld der Abstimmung über die Rössligasse Anlass zu heftigen Diskussionen und ist ein Kernanliegen der FDP.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Inhaltlich liegt ein grober Formfehler vor. Dieser betrifft die auf Seite 10 (Punkt 9.2: Mittel- und langfristige Massnahmen) genannte Verantwortung und Kontrollfunktion der KofA. Der Stadtrat gibt der neu gebildeten KofA, die ja klar eine beratende Kommission des Stadtrats ist, Kompetenzen, die rechtlich nicht haltbar sind. Das ehrt uns zwar, widerspricht aber dem Gemeindegesetz. Wollte man die KofA mit diesen Kompetenzen ausstatten, müsste man diese (analog der Sozialbehörde und der Primarschulpflege) in eine ‚Kommission mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen‘ umwandeln. Ich habe mich diesbezüglich beim Bezirksrat erkundigt. Auch dieser teilt meine Meinung und räumt einer Beschwerde hohe Chancen ein, er hat sogar eine solche angeregt.

Ich möchte die Exekutive und uns ja nicht mit rechtlichem Hickhack beschäftigen. Wir haben andere Probleme zu lösen und ich möchte uns rasch weiterbringen. Deshalb wird der Stadtrat, wie mir bereits versichert wurde, die entsprechenden Korrekturen noch vornehmen. Ich weise mit Nachdruck nochmals darauf hin, dass der Gesamtstadtrat gerade in der Altersfrage nicht darum herum kommt, Führungsverantwortung zu übernehmen. Er muss die neugebildete Kommission für Altersfragen steuern. Der hat das durch den Erlass eines entsprechenden KofA-Reglements in der Hand. Ich erwarte vom Stadtrat, dass er der KofA nun sagt, was diese in erster Priorität zu machen hat, um die Schaffung der unbestritten fehlenden 50 Pflegeplätze in den nächsten fünf Jahren realisieren zu können. Ich möchte den Stadtrat und uns alle nochmals daran erinnern, dass mit dem Inkrafttreten der neuen Spitalfinanzierung ab 1. Januar 2012 die Akutspitäler nicht mehr in der Lage sein werden, alte und pflegebedürftige Menschen so lange im Spital zu behalten, bis ein entsprechender Platz am Wohnort gefunden werden kann, wie dies heute noch gehandhabt wird (neu Fallpauschalen statt wie bis jetzt Tagespauschalen). Schon aus diesem Grund drängt sich die Schaffung neuer Pflegeplätze auf.

Dass der Stadtrat willens ist, mit den umliegenden Gemeinden eng zusammenzuarbeiten, hat er durch die Bildung einer ‚regionalen Arbeitsgruppe Zukunft Alter‘ bereits bewiesen. Der Stadtrat, wie auch generell eigentlich alle Gemeinden, ist gut beraten, wenn er sich mit Fachpersonen umgibt. Deshalb hoffe ich auch sehr, dass die KofA noch um die eine oder andere Person aus dem Komitee ‚Für ein durchdachtes Alters- und Pflegeheimkonzept‘ erweitert werden kann. Damit wären alle wichtigen Kräfte vertreten und ich könnte der Abschreibung meiner Motion mit bestem Gewissen zustimmen.“

Stadtrat Mark Eberli erklärt, der Formfehler werde korrigiert. Die KoFA sei eine beratende Kommission, dies werde im Konzept auf Seite 18 geändert. Ebenfalls könne die Verantwortung für die Umsetzung der mittel- und langfristigen Aufgaben nicht an die KoFA übertragen werden (Seite 19). Die beiden Änderungen werden im Konzept vorgenommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Fraktionserklärungen

Die EVP-Fraktion ist gemäss Jakob Briner für Abschreiben der Motion. Das Alterskonzept sei ausgearbeitet und breit abgestützt. Die ganze Bevölkerung habe Chancen erhalten, am Konzept mitzuarbeiten. Die wichtigsten Angaben seien nun bekannt. Zur KoFA habe er keine Ergänzungen, es sei bereits genügend gesagt worden. Dass die Korrekturen angebracht werden müssen sei klar. Wichtig sei, dass nun die Umsetzung schnell und speditiv erfolge. Es sei unbedingt nötig, die Pflegeplätze jetzt zu schaffen. In den Prozess müssen alle Gruppierungen eingebunden werden, denn es sei wichtig, dass alle die Chancen haben ihre Anliegen einzubringen. Die Vor- und Nachteile müssen sauber analysiert werden.

Alfred Schmid erklärt, die FDP-Fraktion unterstütze die Antwort des Motionärs. Es sei ihnen ein Anliegen folgende Punkte nochmals hervorzuheben:

- Wohnen im Alter muss in der Stadt Bülach ein aktives zu bearbeitendes Thema sein.
- Die KoFA als sinnvolles Gefäss wirkt beratend und empfehlend. Der Stadtrat führt.
- Es wird erwartet, dass der Stadtrat periodisch informiert über die Umsetzung kurzfristiger Massnahmen, über Anträge und Empfehlungen aus der KoFA, die der Stadtrat realisiert, aber auch über erste Resultate und Teilschritte bezüglich dem Hauptthema Schaffen von Pflegeplätzen bzw. ‚Wohnen plus‘ bzw. ‚PPP-Konzepte‘.
- Dass der Stadtrat für Synergien und das Controlling von bestehenden und zukünftigen Einrichtungen und Entwicklungen zuständig ist, versteht sich von selbst.

Johanna Wirth Calvo sagt, die Grüne-Fraktion finde das Konzept sehr gut. Verschiedene Wohnformen im Alter müssen gefördert werden. Das Parlament sei sich bewusst, dass die Stadt bis anhin in einem Dornröschenschlaf gewesen sei dieses Thema betreffend. Die KoFA und die Koordinationsstelle seien wichtig. Es sei ein Wermutstropfen, wenn man sehe, dass etwas komme, die Umsetzung aber Jahrzehnte dauere. Dies dürfe nicht passieren. Die Massnahmen müssen greifen, Entscheidungen müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Johanna Wirth Calvo dankt dem Motionär für den Vorstoss und dem Stadtrat für die geleistete Vorarbeit.

Die SVP-Fraktion hat gemäss Bruno Basler einstimmig beschlossen die Motion von der Pendenzenliste abzuschreiben.

Walter Fehr erklärt namens der SP-Fraktion, Wohnen im Alter und das Pflegekonzept habe eine sehr hohe Priorität, sogar eine höhere als das Zentrale Verwaltungsgebäude. Mit dem breit



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

abgestützten Alterskonzept 2009 sei gute Grundlage geschaffen worden. Die Bedarfslücke bei Pflegeplätzen sei hoch, deshalb werde erwartet, dass die Umsetzung mit hoher Priorität angegangen wird. Die SP-Fraktion sei der Meinung, dass die Motion abgeschrieben werden soll.

Abstimmung

In der Abstimmung wird die Motion einstimmig abgeschrieben.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das vorliegende Alterskonzept der Stadt Bülach vom 8. Februar 2009 (Grundlagen zum Alterskonzept 2009 und Alterskonzept 2009) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Jürg Rothenberger vom 10. März 2008 wird als erledigt von der Pendenzenliste abgeschrieben.
3. Mitteilung an den Stadtrat

Traktandum 3

Motion Frédéric Clerc betr. Systemwechsel Kinderbetreuungsplätze – Bericht und Antrag des Stadtrats

Frédéric Clerc und Mitunterzeichner haben mit Datum vom 7. März 2008 eine Motion „Systemwechsel Kinderbetreuungsplätze“ eingereicht.

Die Motion wurde an der Gemeinderatssitzung vom 7. April 2008 zu Bericht und Antrag an den Stadtrat überwiesen.

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat fristgerecht Bericht und Antrag unterbreitet (Beilage 2 zum Originalprotokoll) und beantragt, die Motion als erledigt von der Pendenzenliste abzuschreiben.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

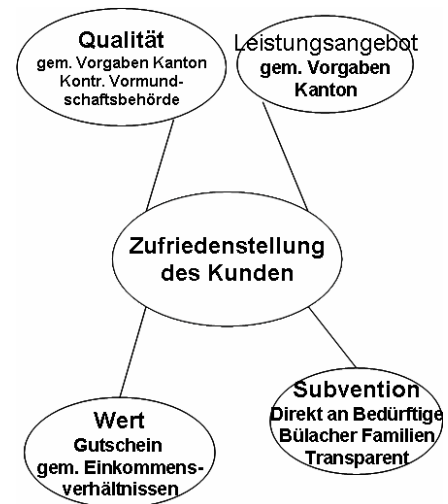
Frédéric Clerc dankt dem Stadtrat für die Antwort. Weiter führt er aus:

Ziel

- Ein Modell, welches allen Bülacher Familien die gleichen Möglichkeiten bietet (sozial und gerecht).
- Ein Modell, welches bei gleichem Leistungsumfang keine Mehrkosten verursacht (Kostentransparenz).
- Gleiche Rahmenbedingungen für private und städtische Anbieter (Wirtschaftsförderung).
- Attraktivität des Bülacher Angebots (Stadtmarketing).

Kundenbedürfnisse

- Vorschulische Kinderbetreuung (keine Angebotspflicht)
 - Kinderkrippen
 - Tagesmütter
- Hort (Angebotspflicht)
 - Tagesbetreuung Schule (Gemeinde/Schule)
 - Mittagstisch, Auffangzeit (Gemeinde/Schule)

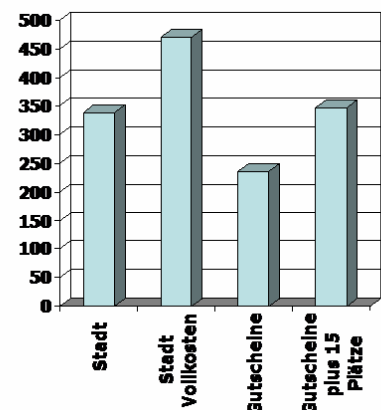


Deckung der Bedürfnisse

- Krippen sind an verschiedenen Standorten in der Stadt verteilt
- Kinder aus anvertrautem Gebiet in der nahegelegenen Krippe
- Verringerter Kindertransport
- Individuellen Bedürfnissen wird Rechnung getragen
- Angebotsvielfalt
- Kürzere Wartelisten
- Gemeinsame Warteliste
- Eine zentrale Ansprechstelle

Kostenanalyse

- Identische Kriterien für bezugsberechtigte Eltern
- Private sind heute effizienter als Stadt





Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Hauptvorteile

- Die Familien bekommen mehr Wahlfreiheit, wo bzw. wie sie ihre Kinder familienergänzend betreuen lassen.
- Die Anbieter von Betreuungsdienstleistungen haben auf dem Markt Chancengleichheit.
- Angebot und Nachfrage werden steigen, weil alle Familien, welche die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, Subventionen erhalten werden.
- Die Stadt kann ihre Angebotspflicht vermehrt durch private Angebote abdecken lassen.
- Bei gleichem Leistungsangebot und entsprechender Festlegung bzw. Abstufung von Betreuungsgutscheinen wird sich der finanzielle Aufwand der Stadt gesamtheitlich betrachtet reduzieren.
- Die Qualitätsvorgaben bzw. gesetzlichen Grundlagen werden heute vom Kanton vorgegeben. Die Stadt kontrolliert bereits heute (Vormundschaftsbehörde) die städtisch als auch die privaten Kinderkrippen.
- Eine Anstossfinanzierung durch den Bund ist gewährleistet.
- Die Stadt muss ihre finanzielle Unterstützung auf Bülacher Kinder limitieren und somit die Wartelisten verkürzen (keine Subventionen von auswärtigen Kindern mehr).
- Die städtischen Kinderkrippen bleiben erhalten.
- Die administrative Belastung bleibt identisch, da nach wie vor mit den Eltern abgerechnet wird und diese auch nach wie vor ihre Anträge nach einheitlichen Kriterien stellen und erfüllen müssen.
- Das Angebot kann sehr flexibel der Nachfrage angepasst werden.
- Für Bülach entsteht ein Angebot, das gegenüber vergleichbaren Gemeinden als sehr attraktiv, sozial und gerecht daher kommt und deshalb als Standortvorteil gewertet werden kann.

Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats

- Es wird eine familienfreundliche Stadtentwicklung mit einer optimalen Durchmischung der Wohnbevölkerung angestrebt.
- Bestrebungen werden unterstützt, die es den Eltern gestatten, Familien- und Berufsarbeit zu verbinden.

Legislaturziele des Stadtrats

- Die Wirtschaftsförderung schafft attraktive Bedingungen für Arbeitgebende und Arbeitnehmende.
- Dass Bülach eine eltern- und kinderfreundliche Stadt sein soll.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Fraktionserklärungen

Jakob Briner erklärt: „Der EVP liegt vor allem eine gute Betreuung der Kinder am Herzen. Wenn möglich soll dies zu Hause geschehen. Wir unterstützen aber auch eine extrafamiliäre Betreuung, wenn beide Eltern ausser Haus werktätig sind. Wenn die Erziehungsverantwortlichen den vollen Betrag nicht zahlen können (z.B. Alleinerziehende, working poor) soll der Staat finanziell unterstützend einspringen.“

Die Motion Clerc verlangt einen Systemwechsel von der objektorientierten zur subjektorientierten Finanzierung. Bereits heute besteht bei uns eine gemischte Finanzierung: Investitionen in Kinderkrippen sind zum Beispiel objektorientiert, aber Subventionen an die Kinder, deren Eltern nicht den vollen Betrag zahlen können, sind effektiv auch eine Subjektfinanzierung

Eigentlich möchte der Motionär eine Subjektfinanzierung an Kinder in nicht-staatlichen Trägerschaften auch in Bülach einführen mit dem Ziel, den Eltern mehr Entscheidungsfreiheit zu geben. Eine solche Finanzierung gibt es bereits in verschiedenen Städten der Schweiz: Von den über 5500 Plätzen in der Stadt Zürich werden 316 vom Sozialdepartement betrieben, aber über 5200 von privaten Kindertagesstätten (Kitas). Bei uns werden die 100 Betreuungsplätze in privaten Kitas nicht subventioniert. Lediglich für einen Teil der Kinder auf den 36 Plätzen der städtischen Kinderbetreuung gibt es Beiträge der Stadt.

Die EVP ist nicht prinzipiell gegen einen solchen Systemwechsel. Wir erwarten aber, dass eine Reihe von Bedingungen definiert und erfüllt sein muss, wenn mit Steuergeldern der Stadt Betreuungsplätze in privaten Institutionen subventioniert werden sollen. Man könnte sich hier an die Richtlinien der Stadt Zürich halten.

- Kinderkrippen müssen sich an die kantonalen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien halten und diese Bedingungen erfüllen.
- Wer macht die Krippenaufsicht? (Bewilligungsverfahren, regelmässige Kontrollen)
- Wie sieht der Leistungsauftrag mit den privaten Kitas aus? (Kontrakt mit der Stadt)
- Wer kontrolliert die Finanzen der unterstützten Kitas? (Treuhandgesellschaft)
- Was sind die Bedingungen für die Trägerschaft? Vereine, insbesondere Elternvereine, gemeinnützige Gesellschaften oder Privatpersonen?
- Welches sind die Kriterien für die Höhe der Beiträge an die Eltern? (Steuerbares Einkommen und Vermögen, Anzahl Kinder, Lebenspartner usw.)
- Welche Stelle entscheidet über die Auszahlung der Beiträge?
- Wie ist die politische Verantwortung und Kontrolle geregelt?



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Wenn der Gemeinderat die Motion erheblich erklären will, muss unbedingt verlangt werden, dass diese Fragen im Detail vom Stadtrat bearbeitet werden.

Vor allem: Was sind die finanziellen Konsequenzen?

Die Stadt Zürich mit 376 815 Einwohnern Ende 2007 subventionierte 2046 Plätze mit 35,4 Mio. Franken, das heisst 93.45 Franken pro Einwohner und Jahr. Für Bülach ergibt die Rechnung 22 Franken (mit der Babygruppe 30 Franken) pro Einwohner und Jahr.

Und hier kommt dann die Gretchenfrage an die Urheber der Motion: Wie stehen sie denn zur Finanzierung? Sind sie bereit, durch einen Wechsel zur Subjektfinanzierung nicht nur Betreuungsplätze in den privaten Kitas zu subventionieren, sondern auch zu den finanziellen Konsequenzen ‚ja‘ zu sagen? Denn eine vermehrte Nachfrage ist abzusehen. Sind sie bereit, auch ihre Wähler zu überzeugen, dass eine extrafamiliäre Kinderbetreuung (z.B. auch für Einzelkinder) sinnvoll und eine gute Investition in die Zukunft ist?

Wenn sie dazu ja sagen, stimmt auch die EVP einer Erheblicherklärung zu. Wenn Sie dazu aber nicht bereit sind, ist es nicht ehrlich, die Motion (welche bisher schon über 17 000 Franken gekostet hat) erheblich zu erklären.“

Markus Wobmann sagt, die SVP-Fraktion sei mit der Antwort des Stadtrats einverstanden. Ein „Experiment“ sei im Moment nicht nötig. Aus diesen Gründen sei die SVP einstimmig für Abschreiben.

Andrea Schmidhauser erklärt, die FDP unterstütze die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Gesellschaftsschichten. Mit rein staatlichen Institutionen könne sie sich aber nicht anfreunden. Hier rede man von Kinderkrippenplätzen, nicht von Tagesmutterplätzen. Gutscheine analog den Prämienverbilligungen bei Krankenkassen seien einfach zu bewerkstelligen. Die neue Finanzierung hätte den Vorteil, dass die Eltern selbst eine Krippe wählen können. Eine Zertifizierung durch die Stadt würde auch bei städtischen Krippen bewirken, vereinbarte Standards zu erreichen. Die FDP bittet, die Motion erheblich zu erklären, damit der Stadtrat einen Entwurf ausarbeiten kann für den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung.

Gemäss Johanna Wirth Calvo geht es bei der Motion nur ums liebe Geld. Die Motion verlange eine Prüfung, nicht eine Umsetzung des Systemwechsels von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Die Kinderbetreuung sei aber schon heute keine reine Objektfinanzierung. Die Rechnung sei nicht ganz klar, aber letztlich gehe es darum, ob die Stadt eine Privatisierung besser stelle oder nicht.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Grundsätzlich gebe es keine Widerstände gegen privat geführte Kinderbetreuungsstellen. Deren Leistungen müssten aber mit Vereinbarungen geregelt werden. Die Finanzierung des Bundes, welche glücklicherweise in der Antwort nicht erwähnt ist, sei befristet und im Parlament umstritten. Wenn den Eltern die freie Wahl von Krippenplätzen gelassen werde, führe das zu höheren Kosten. Die Grünen seien für Abschreiben der Motion und danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung.

Die SP-Fraktion ist mit Bericht und Antrag des Stadtrats nicht einverstanden. Denis Faoro findet, der Stadtrat verstecke sich hinter Argumenten, die zu wenig abgeklärt worden seien. Unter Punkt 5 könne man lesen, der Systemwechsel werde für die Stadt zu deutlichen Mehrkosten führen, weil der Kreis der subventionsberechtigten Familien und der berechtigten Betreuungseinrichtungen erweitert werde. Die Standortvorteile und Mehreinnahmen seien dabei zu wenig berücksichtigt worden. Auch sei zu lesen, dass die Qualitätssicherung für die Stadt aufwändiger werde. Mit Leistungsvereinbarungen könne jedoch genügend Einfluss genommen werden. Die SP-Fraktion sei deshalb für Erheblicherklärung.

Detailberatung

Mike Bader fragt zum Verständnis, was eine Erheblicherklärung konkret bedeute.

Stadtrat Mark Eberli wünscht bei einer Erheblicherklärung einen klaren Auftrag.

Jakob Briner macht darauf aufmerksam, dass bei einer Erheblicherklärung zusätzliche Kosten anfallen würden. Die Stadt müsse den Privaten ein gutes Angebot machen. Dies gehe nicht kostenneutral ab.

Andrea Schmidhauser ergänzt zum Finanziellen, sie stelle sich vor, dass die Art und Weise der Vergünstigung analog gewissen Kriterien gesprochen werde. Schwankungen gebe es, wie es diese auch bei Krankenkassenprämienverbilligungen gebe. Eine andere Möglichkeit wäre, einen Pot zu erstellen, bei welchem die Gesuche der Reihe nach berücksichtigt würden.

Frédéric Clerc bemerkt, schon heute würden die Zahlungen schwanken, je nach Besetzung der Krippenplätze (Gutverdiener/Schlechtverdiener). Zu den Vorgaben gebe es klare Richtlinien des Kantons. Es könne nicht Jedermann eine Krippe eröffnen. Der Kanton definiere ebenfalls, wer die Krippen kontrollieren müsse. Die Zahlen bei der Kostenberechnung seien nicht einfach zu interpretieren. Gemäss Stadtratsantrag koste ein Platz aber zwischen 24'000 und 29'000 Franken. Es kön-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

ne darüber gestritten werden, ob es nach der Umstellung mehr oder weniger koste bzw. wie hoch der Gutschein pro Einkommen sein soll.

Stefan Schnegg weist darauf hin, dass Bülach viermal billiger sei als Winterthur und Zürich, welche das Gutscheinsystem eingeführt haben. Die Ausgabe von Gutscheinen bewirke einen Anreiz. Es werde definitiv nicht billiger. Er fände es extrem schade, wenn der Systemwechsel erarbeitet würde und dann wegen der Mehrkosten scheitern würde.

Edith Planta bemerkt, es sei kein Antrag auf Erhöhung der finanziellen Mittel gestellt worden. Es sei nicht klar, wie viele Familien unterstützt würden bzw. wie viele sich letztendlich anmelden werden. Es wäre zwar fair, wenn auch Privaten ein Kreis geöffnet werde, dies werde aber Mehrkosten verursachen. Das Ziel, das jetzige System und das neue System auf eine gleiche Ebene zu bringen, sei nicht erreichbar.

Frédéric Clerc sieht nicht ein, weshalb das neue System teurer sein soll. Eine Gutscheindefinition könne klar gemacht werden.

Für **Jürg Rothenberger** ist es eine Finanzierungsfrage. Herr Bürgi sage ganz klar, dass ein Krippenplatz inkl. Investitionskosten 23'000 Franken koste. Bei der Stadt rechne man von 24'000-29'000 Franken und zwar ohne die Einrechnung der Investitionskosten. Man könne nicht sagen, es werde nicht günstiger durch Private. Mit der neuen Finanzierung werde der Kunde finanziert. Zudem gebe es das System nicht nur in Zürich und Winterthur. Neu werde dieses auch in Luzern angewandt.

Gemäss **Fritz Münger** ist es klar, dass es mehr kostet. Das jetzige System sei einseitig. Mit dem neuem System könne man mehr Leute berücksichtigen. Er frage, wieso es nicht sinnvoll sein soll, etwas zu investieren.

Jakob Briner erklärt, Luzern habe am 1. April 2009 das Gutscheinsystem probeweise für drei Jahre eingeführt. Man könne erst in ca. fünf Jahren mit Erkenntnissen rechnen. Es sei klar, dass das Gesetz gewisse Vorgaben mache. Nicht klar sei aber, wer die Anmeldung entgegen nehmen müsse. Wenn Geld an Private gesprochen wird, müsse eine Stelle bei der Stadt geschaffen werden, welche die Gesuche prüft. Kontrollfunktionen und Zertifizierungstätigkeit durch die Stadt würden die Kosten ebenfalls erhöhen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Milos Alincic glaubt, dass mit dem Gutscheinsystem am Schluss mehr Gutscheine ausgegeben werden als heute. Es sei ein Anreizsystem für Leute, welche die Kinder in Krippen abgeben möchten. Die Privaten seien billiger als die Stadt. Dies sei irrwitzig, wenn man wisse, dass bei der Stadt verschiedene Kosten noch gar nicht eingerechnet sind. Aus diesem Grund sei die SVP der Meinung, dass Sozialwerke nicht noch mehr ausgebaut werden sollen. Bei Privaten habe es zudem noch Plätze.

Andrea Schmidhauser versteht nicht, weshalb es ein Anreizsystem geben soll. Entweder wolle eine Mutter ihr Kind weggeben und fremd betreuen lassen oder nicht. Dass durch den Gutschein mehr Kinder abgegeben werden, könne sie sich nicht vorstellen. Gratis werde es dadurch auch nicht.

Abstimmung

In der Abstimmung wird die Erheblicherklärung der Motion mit 11 Ja : 16 Nein-Stimmen abgelehnt. Die Motion wird somit abgeschrieben.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Der Gemeinderat nimmt den vorliegenden stadträtlichen Bericht vom 25. Februar 2009 zur Motion Frédéric Clerc und Mitunterzeichnende betreffend „Systemwechsel Kinderbetreuungsplätze“ zur Kenntnis.
2. Die Motion Frédéric Clerc und Mitunterzeichnende vom 7. März 2008 wird als erledigt von der Pendenzenliste abgeschrieben.
3. Mitteilung an den Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Traktandum 4

Einsatz von Computern im Primarschulunterricht – Abrechnung Verpflichtungskredit über 817'000 Franken

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission II und der RPK vor. Die Fachkommission II und die RPK empfehlen beide einstimmig die Annahme des stadträtlichen Antrags.

Stephan Blättler erklärt namens der Fachkommission II: „Bei dieser Abrechnung haben wir zusammengefasst folgende Ausgangslage:

- Bewilligter Kreditbetrag plus Teuerung Fr. 814'175.60
- Abrechnung Fr. 817'003.90
- Kreditüberschreitung Fr. 2'828.40 oder 0.36 %

Eigentlich kann man hier von einer Punktlandung sprechen. Doch sind trotzdem einige Bemerkungen angebracht. Das Resultat ist ja so zustande gekommen, obwohl bei der eigentlichen Gerätebeschaffung (PC, Bildschirme und Drucker) über 100'000 Franken mehr ausgegeben wurde als im Kreditantrag deklariert. Dabei ist jedoch zu unterscheiden:

Fr. 60'886.95 Mehrkosten: Neugeräte statt Occasionen bei den Druckern

Nach der plausiblen Erklärung der Primarschule haben die Herstellerfirmen, die offensichtlich kein Interesse an einem blühenden Occasionsmarkt haben, ihre Strategie geändert. Die vielfach geleasten Geräte müssen nach Ablauf der Vertragsdauer entweder zurückgegeben oder verschrottet werden. Damit war im Zeitpunkt der Beschaffung nicht mehr der Occasionsmarkt vorhanden, wie im Zeitpunkt des Kreditantrags. Es leuchtet ein, dass Neugeräte angeschafft werden müssen, wenn es nicht wie vorgesehen mit Occasionsgeräten klappt. Die Beschaffung von neuen, grösstenteils einheitlichen Geräten bringt aber zweifellos erhebliche Vorteile mit sich, namentlich beim Verbrauchsmaterial und der zu erwartenden Lebensdauer.

Fr. 49'158.15 Mehrkosten: Mehr PC's und Bildschirme

Hier wurde offensichtlich mehr Volumen beschafft, nachdem man merkte, dass der Kreditrahmen auch damit eingehalten werden kann. Es fragt sich, ob das richtig ist. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Beschaffung von zusätzlichen Lehrer-PC-Stationen Vorteile bringt, die nicht nur im Komfort dienen. So können offenbar gewisse Lernprogramme nicht gleichzeitig für Schüler- und Lehrerprogramme konfiguriert werden.

Letztlich ist das unserer Ansicht nach aber nicht der entscheidende Punkt. Denn die genaue Anzahl der Computer ist nicht durch den Gemeinderat zu bestimmen. Dieser hat den Grundsatzentscheid über den Einsatz von Computern im Primarschulunterricht gefällt und dafür einen Kredit



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

gesprächen. Die Anzahl Computer gehörte dazu zwar zu den Kalkulationsgrundlagen, mehr aber auch nicht. Denn letztlich ist die genaue Anzahl der Computer kein politischer Entscheid mehr, sondern ein operativer. Dass also innerhalb des gesprochenen Kredits das Beschaffungsvolumen erhöht wurde, ist unseres Erachtens daher in diesem Fall vertretbar.

Die Fachkommission II empfiehlt dem Gemeinderat daher einstimmig, die Abrechnung des Verpflichtungskredits ‚Einsatz von Computern im Primarschulunterricht‘ zu genehmigen.“

David Weingartner hat namens der RPK keine Ergänzungen. Die RPK empfiehlt einstimmig die Abrechnung zu genehmigen.

Fraktionserklärungen/Detailberatung

Keine Wortmeldung

Abstimmung

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Die Abrechnung des Verpflichtungskredits «Einsatz von Computern im Primarschulunterricht» mit Gesamtkosten von Fr. 817'003.80 wird genehmigt. Die teuerungsbedingten Mehrkosten von Fr. 29'125.40 sowie die nicht teuerungsbedingte Kostenüberschreitung von Fr. 2'828.40 (+0.4%) werden bewilligt.
2. Mitteilung an
 - a) Stadtrat Max Nievergelt, Präsident Primarschulpflege
 - b) Abteilung Bildung
 - c) Finanzverwaltung

*** Pause 20.25-20.30 ***



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Traktandum 5

Kinderbetreuungsplätze, Schaffung einer Babygruppe – Antrag und Weisung des Stadtrats

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission III und der RPK vor.

Die Fachkommission III beantragt grossmehrheitlich die Annahme des stadträtlichen Antrags mit folgenden Bemerkungen:

- Nach Abzug der Lebensmittelrückerstattungen durch die Mitarbeiterinnen wird das voraussichtliche Nettodefizit Fr. 81'100 betragen.
- Der Antrag für eine Tarifierhöhung wird am 22.05.2009 an den Stadtrat gestellt werden, so dass sich der Nettodefizitbetrag voraussichtlich weiter verringern wird.

Die RPK empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats unter Berücksichtigung von folgendem Zusatzantrag zuzustimmen:

- „Der Minimaltarif für Auswärtige muss jeweils mindestens vollkostendeckend sein.“

Für die Fachkommission III ist Walter Fehr als Referent vorgesehen, obwohl er zwischenzeitlich in die RPK gewechselt hat. Vom Rat werden keine Einwände erhoben. Walter Fehr führt namens der Fachkommission III folgendes aus:

Nachfrage

Die Nachfrage nach professionellen, ausserfamiliären Betreuungsangeboten, vor allem auch für Babys, lässt wie bereits in den letzten Jahren nicht nach.

Warteliste

Die Warteliste enthält aktuell 21 Babys, davon können die städtischen Krippen max. 12 Babys aufnehmen.

Kosten

Die Kosten betragen 81'100 Franken (nicht wie im Antrag geschrieben 89'100 Franken). Eine Tarifierhöhung wird im Stadtrat behandelt und könnte die jährlichen Kosten weiter senken.

Infrastruktur

Die Infrastruktur ist weitgehend bestehend und kann weiterhin sinnvoll genutzt werden. Die einmaligen Anschaffungskosten betragen 15'000 Franken.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Sozioökonomische Überlegungen

Die Sozioökonomischen Überlegungen zeigen dass auch viele Familien auf zwei Erwerbseinkommen angewiesen sind, aber auch Alleinerziehende zur Existenzsicherung einer Arbeit nachgehen müssen und daher auf ausserfamiliäre Betreuungsangebote angewiesen sind.

Ziele

Der Gemeinderat hält in seinen Grundsatzbeschlüssen fest, dass Bestrebungen unterstützt werden, die es Eltern gestatten, Familie- und Beruf zu verbinden. Auch der Stadtrat will damit zur Wirtschaftsförderung attraktive Bedingungen für Arbeitgebende und Arbeitnehmende schaffen.

Jakob Briner ergänzt als Präsident der Fachkommission III, der Tarifizuschlag sei an der Stadtrats-sitzung vom 20. Mai 2009 bereits beschlossen worden. Durch die zusätzliche Einnahmen, die daraus resultieren werden, komme das Nettodefizit deutlich unter 80'000 Franken.

Willy Wüthrich weist namens der RPK nochmals auf den Zusatzantrag hin, der die Vollkostendeckung des Minimaltarifs verlangt.

Stadtrat Mark Eberli erklärt, der Tarif für Auswärtige sei angepasst worden. Die Tarife seien nun vollkostendeckend für Auswärtige.

Eintretensdebatte

Andrea Spycher erklärt, die SVP-Fraktion sei für Nicht-Eintreten. Die Betreuung von Kindern in diesem Alter gehöre nicht zu den Aufgaben der Stadt. In der Familie sei für Lösungen zu suchen.

Gemäss **Mike Bader** ist die Grüne-Fraktion für Eintreten.

Andrea Schmidhauser schliesst sich an. Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

Edith Planta ergänzt, die EVP-Fraktion sei ebenfalls für Eintreten.

Die SP-Fraktion ist gemäss **Fritz Mürger** für Eintreten.

In der Abstimmung wird mit 19 Ja : 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung das Eintreten beschlossen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Fraktionserklärungen

Andrea Schmidhauser erklärt: „Die FDP unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, weshalb wir auch der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen für Babys zustimmen werden.

Wir sind allerdings skeptisch, ob der ausgewiesene Bedarf wirklich der Realität entspricht. Denn es darf nicht sein, dass nur aufgrund des Wegfalls der städtischen Hortplätze – welche neu durch die Schule angeboten werden – neue Krippenplätze geschaffen werden. Solange der Bedarf nach solchen Plätzen aber ausgewiesen werden kann, finden wir es richtig, dass Mütter nach Ablauf ihres Schwangerschaftsurlaubs, welcher von Gesetzes wegen 3 Monate nach Niederkunft endet, ihr Baby auch fremdbetreuen lassen können um wieder ihrer abgestammten Berufsausübung nachgehen zu können. Wir haben nämlich einerseits sehr gut ausgebildete Frauen, die der Arbeitsplatz nicht verlieren darf und andererseits gibt es auch unzählige Frauen, die auf das Einkommen angewiesen sind und deshalb arbeiten gehen müssen.

Bei einer reinen Babygruppe verschlechtert sich die Kostenstruktur, weshalb wir die soeben vom Stadtrat beschlossene Tarifierhöhung begrüßen.

Da mit dem RPK-Antrag für Vollkostenbeiträge durch Auswärtige unsere Befürchtungen, dass überzählige Krippenplätze durch auswärtige Kinder belegt werden, welche wir finanzieren, entkräftet wird, werden wir diesen Antrag unterstützen. Solange nämlich die überzähligen Krippenplätze durch Auswärtige Kinder oder Babys zu Vollkostentarifen besetzt werden, stört es uns nicht ein allfälliges Überangebot zu produzieren, da uns dies nicht mehr kostet.

Ferner hoffen wir, dass die städtisch subventionierten Plätze wirklich nur jenen Müttern und/oder Vätern zugute kommen, die diese Dienstleistung wirklich benötigen und in der entsprechenden Zeit auch einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Wir hätten nämlich stark Mühe, wenn wir feststellen müssten, dass die Plätze durch Kinder belegt werden, deren Mami einfach einen freien Tag haben will.“

Mike Bader erklärt namens der Grünen-Fraktion: „Von neuen Baby-Betreuungsplätzen können alle profitieren:

- Müttern wird die Rückkehr an den Arbeitsplatz nach dem Mutterschaftsurlaub oder einer Babypause erleichtert. Nebst einem Zusatzeinkommen steigen auch die Chancen für eine qualifizierte Berufslaufbahn.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

- Bei wirtschaftlich schwachen Familien resp. Alleinerziehenden ermöglicht die rasche Rückkehr in den Beruf auch die Unabhängigkeit von staatlichen Unterstützungsgeldern.
- Familienergänzende Betreuung trägt dem Bedürfnis der Kinder nach Begegnung mit anderen Kindern und Erwachsenen ausserhalb des engsten Familienkreises Rechnung. Heute wachsen immer mehr Kinder als Einzelkinder auf. Regelmässige soziale Kontakte, die Gemeinschaft mit anderen Kindern sowie klare Strukturen und Abläufe sind für das Wohlbefinden und die Entwicklung der Sozialkompetenz des Kindes sehr wichtig. Dadurch wird die Chancengleichheit aller Kinder erhöht. Kinder mit Migrationshintergrund werden früher und besser integriert, sowohl in sprachlicher als auch in kultureller Hinsicht.
- Die Arbeitgeber profitieren ebenfalls. Eine Studie aus dem Jahre 2005 zeigt klar auf, dass familienfreundliche Massnahmen – darunter auch Unterstützung bei der Kinderbetreuung – einen ökonomisch quantifizierbaren Nutzeneffekt für das Unternehmen aufweisen. Die geringere Fluktuation bei den Mitarbeitenden und der Erhalt des Know-hows zahlen sich aus.
- Und auch für die Gemeinde zahlt es sich aus, ist ein gutes Kinderbetreuungsangebot doch ein wichtiger Faktor bei der Wohnsitzwahl.

Die Grüne-Fraktion unterstützt daher grundsätzlich den Antrag des Stadtrats zur Schaffung einer Babygruppe, denn damit werden vielen Bedürfnissen Rechnung getragen. Zudem unterstützen wir den Antrag der RPK, ist es doch nur fair, dass nicht in Bülach Steuerpflichtige nicht von Subventionen profitieren können.“

Edith Planta erläutert: „Die EVP-Fraktion unterstützt den stadträtlichen Antrag auf Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für eine Babygruppe und schliesst sich dem Abschied der Fachkommission III an.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen tendieren immer deutlicher dazu, dass häufig beide Elternteile erwerbstätig sind. Viele Familien sind auf ein Zweiteinkommen angewiesen. Zudem wollen immer häufiger Frauen mit guter Berufsausbildung nach dem Bezug des Mutterschaftsurlaubes erwerbstätig bleiben, dies neben der Aufgabe der Kinderbetreuung. Auch gibt es viele Alleinerziehende, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen und auf eine Kinderbetreuung angewiesen sind.

Die veranschlagten Betriebskosten mit einem jährlich wiederkehrenden Nettodefizit von 89'100 Franken bzw. 81'100 Franken bei Berücksichtigung der Lebensmittelrückerstattung von 8'000 Franken durch die Mitarbeiterinnen sind durch die grosse Nachfrage gerechtfertigt. Der Stadtrat hat am vergangenen Mittwoch beschlossen, den Tarif für Auswärtige von 65.00 Franken auf 90.00



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Franken pro Tag zu erhöhen. Er ist damit dem Antrag der RPK nach einem vollkostendeckenden Minimaltarif für Auswärtige teilweise nachgekommen, welchen wir unterstützen. Von den 80 Kinderbetreuungsplätzen im 2007 waren immerhin 34 von Auswärtigen belegt, zu 46 aus Bülach. Die Tarifierhöhung wird sich also sicher positiv auf das Betriebsdefizit auswirken.

Vergessen wir nicht, dass mit dem zusätzlichen Angebot an Kleinkinderbetreuungsplätzen auch den Standort Bülach wesentlich attraktiver macht für Familien mit Kindern – aber auch für Unternehmungen in Bülach. Bildungsstarke junge Paare mit gutem Einkommen lassen sich bekanntlich bei der Suche nach einem geeigneten Wohnsitz nicht primär von Steuerfuss leiten, sondern vom Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Auch Unternehmungen richten sich bei der Suche nach einem geeigneten Firmensitz nach dem vorhandenen Angebot an Kinderbetreuungsplätzen für ihre Angestellten.

Ebenso wird Bülach im Hinblick auf das neue Jugendhilfegesetz, welches vor kurzem in Vernehmlassung war, wie alle Gemeinden im Kanton für ein ‚bedarfsgerechtes Angebot zur familienergänzenden Betreuung von Kindern im Vorschulalter sorgen müssen‘. Die Inkraftsetzung ist auf 2011 vorgesehen.

Wir unterstützen aus all diesen Gründen somit den Antrag des Stadtrats“.

Andrea Spycher führt namens der SVP-Fraktion folgendes aus: „Wenn man sagen kann, dass es vielen Eltern nicht leicht fällt, ihr neugeborenes Kind fremden Fachpersonen anzuvertrauen, dann ist das so ziemlich das Einzige an Antrag und Weisung, was unsere Fraktion begreift. Warum kommt diesen Eltern die einfachste Lösung für dieses Problem, nämlich eine bestimmte Zeit selbst für ihr Kind zu sorgen, nicht in den Sinn?

Vielleicht wollte man uns dies in der Weisung ja aufzeigen. Viele Familien seien auf zwei Einkommen angewiesen, Frauen mit guter Berufsbildung möchten weiterhin berufstätig sein, usw. Für die Fraktion der SVP sind dies keine stichhaltigen Argumente sondern es ist eine Ansichtssache von jedem Einzelnen.

Unserer Meinung nach müsste es möglich sein, zu Gunsten seiner Kinder eine Zeit zu Hause zu bleiben. Brauchen Kinder in diesem Alter doch vor allem die Legung der Grundsteine für ihr Leben, einen ruhigen, bestimmten Rhythmus und wir hoffen doch, dass jede Familie diese Werte seinem Kind noch selber mit auf den Weg geben will.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Ich bin mir bewusst, bzw. ich habe es bereits bei der Eintretensdebatte gesehen, dass diese Aussagen vielen Anwesenden hier drin nur ein müdes Lächeln entlockt oder schon fast das Augenwasser herausdrückt. Ich darf aber aus eigener Erfahrung sagen, dass ich auf diesem Weg bisher gut gefahren bin und zwar nicht, weil ich mich in einer privilegierten Situation befinde und auch nicht weil ich eine schlechte Ausbildung genossen hätte, sondern weil ich diese Einstellung mit Überzeugung lebe, sicherlich manchmal auch auf das eine oder andere verzichte, dafür meine Kinder selbständig, in meinem Sinne, zu hoffentlich reifen, verantwortungsvollen und gesellschaftsfähigen jungen Leuten erziehe.

In diesem Sinne ist die Fraktion der SVP ist grossmehrheitlich gegen die Anschaffung einer Babygruppe.“

Manuel Hüsler sagt, die SP-Fraktion unterstütze den Stadtratsantrag und den Zusatzantrag der RPK. Die Nachfrage im Kleinkindbereich sei seit Jahren hoch. Private Angebote seien entstanden, trotzdem bestehe eine Warteliste von aktuell 21 Babys. Dass die Nachfrage gross sei, hänge mit der zunehmenden Bevölkerung von Bülach zusammen. Subventionierte Angebote seien in angespannter Wirtschaftslage für Alleinerziehende und Workingpoors wichtig und nötig. Es sei nicht nur die Frage des Willens, sondern auch des finanziellen Könnens. Für junge Familien sei ein gutes Betreuungsangebot für die Wahl des Wohnorts entscheidend. Der Gemeinderat habe in seinen Grundsatzbeschlüssen festgehalten, dass Bestrebungen unterstützt werden, die es den Eltern ermöglichen Familien- und Berufsarbeit zu verbinden. Zudem würden die wiederkehrenden Kosten tiefer ausfallen und die einmaligen Anschaffungskosten von 15'000 Franken seien tief. Dass die Tarife für auswärtige Personen vollkostendeckend sein müssen, sei klar.

Detailberatung

Frédéric Clerc meint, es gebe viele Argumente, die den Familien zu Gute kommen und auch für die Stadt Bülach gut seien. Schade sei, dass mit den Babygruppen die Wartelisten verschärft werden und dadurch die Kostenstruktur verschlechtert werde.

Alfred Schmid fragt den Stadtrat, wie die Tarifierung das jährliche Nettodefizit von 80'000 Franken verändere.

Stadtrat Mark Eberli schätzt, dass die Anpassung etwa 10'000 Franken ausmacht.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Milos Alincic kontert, es gebe Grundsatzbeschlüsse, die dem Antrag entgegenstünden. Es sei kein Wort in der Weisung über die Nachteile. Ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderats heisse: Der Steuerfuss von Bülach ist mittelfristig an das kantonale Mittel anzugleichen. Zudem gebe es einen Grundsatzbeschluss, der einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zum Ziel habe. Auch heisse es, die Stadt Bülach überprüfe die Möglichkeiten, klar definierbare Aufgaben durch private Dienstleister kostengünstiger ausführen zu lassen. Dabei müssen soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Ein weiterer Grundsatzbeschluss sage, die Stadt Bülach soll sich in Bezug auf die laufenden Ausgaben und Investitionen effizient und kostenbewusst verhalten.

Er bittet den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

- Wie viele Tagesplätze sind zu schaffen?
- Wie hoch sind die „sogenannten“ vernachlässigbaren Infrastruktur- und Overheadkosten?
- Wird mit einer Babygruppe über sechs Personen nicht das Gesetz „geritzt“?
- Wie viele auswärtige Babys zwischen 4-18 Monaten werden in Bülach betreut?
- Wie soll die Vollkostenrechnung zusammengestellt werden?

Stadtrat Mark Eberli antwortet, dass acht Plätze geschaffen werden. Die anderen Fragen könne er nicht sofort beantworten. Dies werde aber an der nächsten Sitzung nachgeholt.

Frédéric Clerc ergänzt zur dritten Frage, dass die geplanten acht Plätze gegen kein Gesetz verstossen. Die Kita-Vorgaben des Verbands würden aber lediglich sechs Plätze empfehlen.

Abstimmungen

Der Änderungsantrag der RPK, dass der Minimaltarif für Auswärtige jeweils mindestens vollkostendeckend sein muss, wird einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung

Der stadträtliche Antrag wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen mit 17 Ja : 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Für den Betrieb einer Babygruppe wird ein Bruttodefizitbetrag von jährlich Fr. 204'100.00 bewilligt. Der Nettodefizitbetrag wird voraussichtlich Fr. 81'100.00 betragen.
2. Dieser Entscheid unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an:
 - a) Stadtrat
 - b) Daniel Knöpfli, Leiter Soziales und Gesundheit
 - c) André Rollin, Abteilung Finanzen

Traktandum 6

Fragen an Stadtrat und Kommissionen

Johanna Wirth Calvo stellt folgende Fragen an den Stadtrat:

- Was ist die Strategie des Stadtrats bezüglich eines Endlagers für hoch- und mittelradioaktive Abfälle in Bülach?
- Hat der Stadtrat bereits Gespräche mit der NAGRA geführt?
- Wie gedenkt der Stadtrat die Bevölkerung auf dem Laufenden zu halten?

Stadtrat Hanspeter Lienhart antwortet, die Stadt Bülach und die betroffenen Gemeinden hätten keine individuelle Strategie. Im Spätherbst des letzten Jahres sei bekannt geworden, dass nebst Benken fünf weitere Standorte geprüft werden.

Die Gemeindepräsidenten der Bezirke Bülach und Dielsdorf haben sich getroffen und das Forum Lägern Nord gebildet. Das Forum Lägern Nord besteht aus engagierten Behördenvertretern und – Vertreterinnen aus Unterländer Gemeinden sowie Delegierten der Planungsgruppe Zürcher Unterland (PZU) und wird von Hanspeter Lienhart präsiert. Das Forum Lägern-Nord hat eine sieben Punkte umfassende Strategie entwickelt, die in einem vom Leitausschuss geologische Tiefenlager der Planungsgruppe Zürcher Unterland (PZU) verabschiedeten Papier festgehalten wird. Dieses ist ebenfalls auf der Homepage <http://www.laegern-nord.info> zu finden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

1. Wir gehen mit der Regierung des Kantons Zürich einig, dass ein Tiefenlager für unsere Region nicht in Frage kommt. Für unsere Region wird sich diese Haltung auch in Zukunft nicht ändern. Wir leisten sachlichen, aber konsequenten Widerstand.
2. Unsere geleisteten Zentrumslasten sind hoch genug. Wir fordern Rücksichtnahme auf getragene Bürden.
3. Unser Auftrag ist es sicherzustellen, dass unsere betroffene Bevölkerung laufend informiert wird. Wir nehmen die Behörden in die Pflicht.
4. Unser Auftrag ist es auch, die Interessen unserer betroffenen Gemeinden zu koordinieren, um breit abgestützt handeln zu können. Wir handeln nicht eigenmächtig, sondern mit breitem, legitimen Rückhalt.
5. Wir anerkennen den Sachplan als geeignetes Instrument. Wir verlangen aber ganz konkrete Mitspracheangebote des Bundesamts für Energie. Wir spielen fair und erwarten das auch von den Kantons- und Bundesbehörden.
6. Die regionale Partizipation ist zunächst einmal ein Versprechen. Wir wollen wissen, wo wir mitreden können und was die Mitsprache bewirkt. Wir wollen Inhalte, keine leeren Versprechen.
7. Das Forum Lägern-Nord sammelt die Aussagen, die im Sachplanverfahren gemacht werden, und lässt darüber öffentlich diskutieren.

Hanspeter Lienhart betont, dass es nur begrenzt möglich sei, rechtliche Schritte einzuleiten. Gemäss Kernenergiegesetz entscheide der Bund über die Standorte.

In einem nächsten Schritt werden die Standorte auf zwei reduziert. Zwischen 2030 und 2040 sollen die Endlager für radioaktive Abfälle in Betrieb genommen werden.

Milos Alincic fragt den Stadtrat, wie der Stand der Dinge betreffend die Bankgarantie über 100'000 Franken an den Guss 81-80 sei. Er möchte wissen, ob diese schon zurückbezahlt wurde.

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet, diese sei nicht zurückbezahlt. Mit der Fachkommission II stehe nächstens eine Sitzung an. Man sei daran, eine Leistungsvereinbarung vorzubereiten.

Stadtrat Walter Baur korrigiert, es handle sich nicht um eine Bankgarantie, sondern um ein Darlehen, welches verzinst werde.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Traktandum 7

Verschiedenes

Information Stadtpräsident Walter Bosshard zur Panzerpiste

Stadtpräsident Walter Bosshard informiert über den Stand der Dinge in Sachen Panzerpistensperrung. Die Armasuisse hat die Sperrung der Panzerpiste amtlich publiziert. Daraufhin nahm er mit Obstl Rauber der Kaserne Bülach Kontakt auf. Die Panzerpiste ist für das Zürcher Unterland ein Naherholungsgebiet. Dies soll so beibehalten werden können.

Er verliest folgende Stellungnahme, welche durch den Verantwortlichen der Armasuisse gutgeheissen wurde: „Am 19. Mai 2009 fand die alljährliche Informationsveranstaltung für die Stadt- und Gemeindepräsidenten der Anstössergemeinden durch den Waffenplatz Bülach-Kloten statt. Bei dieser Gelegenheit informierte Herr Alexander Miescher von der Armasuisse über die Situation im Zusammenhang mit der Nutzung der Panzerpiste.“

Der Prozess für eine geregelte Benutzung der Panzerpiste wurde eingeleitet. Ziel ist es, dass sowohl die Armee wie auch die Öffentlichkeit das Gebiet nutzen kann. Beim Erarbeiten der Lösung werden die betroffenen Gemeinden miteinbezogen. Es wird damit gerechnet, dass in ungefähr einem Jahr das Benutzungsreglement umgesetzt werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Nutzung der Panzerpiste durch die Bevölkerung in der heutigen Form gewährleistet.

In einigen Tagen wird die Armasuisse zusammen mit dem Waffenplatz Bülach-Kloten und Vertretern der Gemeinden detailliert informieren.“

Informationen der Vorsitzenden

Verabschiedung von Stephan Blättler

Stephan Blättler war seit 2002 Mitglied des Gemeinderats. Er hat nun aus beruflichen Gründen per Ende Mai 2009 um Entlassung aus dem Amt ersucht. Der Bezirksrat entsprach dem Gesuch. Der langjährige Einsatz zugunsten der Stadt Bülach wird Stephan Blättler im Namen des Gemeinderats herzlich verdankt. Die Vorsitzende wünscht Stephan Blättler für die Zukunft alles Gute. Stephan Blättler wird mit Applaus verabschiedet.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Rechtskraft von Gemeinderatsbeschlüssen

Die Beschlüsse aus den Sitzungen vom 9. März 2009 und 6. April 2009 sind mit Ausnahme des Beschlusses betr. Revision der kommunalen Richt- und Nutzungsplanung rechtskräftig geworden.

Gegen den Beschluss ‚Revision kommunale Richt- und Nutzungsplanung‘ ist am 11. Mai 2009 von einem Bülacher Stimmberechtigten beim Bezirksrat eine Beschwerde eingereicht worden.

Entscheid des Bezirksamtes zu hängigen Beschwerden/Rekursen

Die Gemeindebeschwerde bzw. der Stimmrechtsrekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 17. November 2008 betreffend die Genehmigung eines Zusatzkredits von 773'000 Franken für die bauliche Umsetzung des Gestaltungskonzepts auf der Marktgasse, Hans-Haller-Gasse, Rössligasse und Grabengasse, wurde vom Bezirksrat Bülach mit Beschluss vom 22. April 2009 abgewiesen.

Ebenfalls wurde vom Bezirksrat Bülach mit Beschluss vom 22. April 2009 der Stimmrechtsrekurs in Sachen Abstimmungsvorlage betreffend die Erneuerung des Alters- und Pflegeheims Rössligasse abgewiesen.

Rechtsbelehrung

Die *Vorsitzende* verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 29. Mai 2009

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Esther Caviola
Gemeinderatspräsidentin

Andrea Spycher
1. Vizepräsidentin



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Mai 2009

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung